

MICHAEL GEHLER (Hrsg.): *Vom gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957–2007. From Common Market to European Union Building. 50 years of the Rome Treaties 1957–2007* (= Arbeitskreis Europäische Integration. Historische Forschungen, Bd. 5). Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2009, 772 S.

MICHAEL GEHLER: *Österreichs Weg in die Europäische Union*. StudienVerlag, Innsbruck 2009, 423 S.

Die staatliche Unionsbildung in Europa ist ein Prozess, der in der zeitgeschichtlichen Literatur bisher vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit gefunden hat. Die insgesamt 30 Aufsätze des im Blick auf den 50. Jahrestag des Gründungsaktes entstandenen Sammelbands, die Michael Gehler in einer ausführlichen Einleitung vorstellt, betreten daher weithin wissenschaftliches Neuland. Nur auf einige der Beiträge kann hier eingegangen werden. Brigitte Leucht klärt auf, welche Bedeutung die Netzwerke der transatlantischen Politik für den Entschluss der sechs Gründungsmitglieder zum Abschluss der Römischen Verträge über die Wirtschafts- und Atomgemeinschaften EWG und EURATOM hatten. Jürgen Elvert zeigt, dass in der Bundesrepublik nach Ablehnung der 1952 vereinbarten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die französische Nationalversammlung die Frage einer *relance européenne* erörtert wurde. Gustav Schmidt stellt die Verträge in den Kontext des Ost-West-Konflikts und zeigt darüber hinaus, dass die amerikanische Bereitschaft im März 1957 zur Unterstützung des – zuvor abgelehnten – nationalen Kernwaffenprogramms der Briten diese dazu veranlasste, sich von der nuklearen Kooperation mit Frankreich abzuwenden, das daraufhin auf EURATOM drängte. Etwaige militärische Optionen hatten sich allerdings erledigt, als de Gaulle die Macht in Paris übernahm und an den Aufbau einer strikt national orientier-

ten *force de frappe* ging. Wilfried Loth ergänzt, dass die Bundesregierung zunächst gegen die von französischer Seite angestrebte Atomgemeinschaft war, dann aber im Mai 1957 zustimmte, dies aber mit der Entwicklung der Wirtschaftsunion verknüpfte. Gérard Bossuat stellt detailliert die Mitwirkung der französischen Entscheidungsträger an den Römischen Verträgen dar.

Die Haltung der verschiedenen Nationen zur europäischen Integration und zu ihrer Weiterentwicklung nach den Verträgen von 1957 ist das Thema weiterer Beiträge. Im Blick darauf befassen sich Wolf D. Gruner mit der Bundesrepublik Deutschland, Laurent Warlouzet mit Frankreich, Frederico Scarano mit Italien und Yves Carl mit den Benelux-Staaten. Der von de Gaulle provozierten „Krise des leeren Stuhls“ 1965/66 widmet Philip Robert Bajon einen eigenen Beitrag. Von den neutralen Ländern ist die Rede in den Aufsätzen von Michael Gehler über das Scheitern der Großen Freihandelszone 1958 und die folgende Gründung der EFTA, von Thomas Radka über die Assoziierungspolitik der Neutralen Anfang der sechziger Jahre und den österreichischen Alleingang 1963–1967 sowie von Brian Girvin über die Entwicklungsprobleme Irlands vor dem Hintergrund der EWG. Klaus Larres befasst sich mit dem Verhältnis der USA zu der Gemeinschaftsbildung in Europa, das – namentlich unter politischem Gesichtspunkt – meist positiv, gelegentlich aber auch von der Sorge vor wirtschaftlicher Konkurrenz bestimmt war. Die Rolle des lange Zeit abseits stehenden Großbritanniens beleuchtet Wolfram Kaiser.

Im Blick auf die Haltung Moskaus fördert Wolfgang Mueller vielfach neue Erkenntnisse zutage. Der Kreml hoffte zwar noch immer, in Westeuropa könnte sich ein Zentrum bilden, das den „zwischenimperialistischen Widersprüchen“ zum Nutzen der UdSSR zu voller Entfaltung verhelfen würde, doch weit stärker war die Sorge, dass auf dem europäischen Kontinent ein weiteres Mal ein Zu-

sammenschluss ohne sowjetische Beteiligung entstehen könnte (was man seit 1945 stets unbedingt hatte verhindern wollen). In der Propaganda war freilich stattdessen davon die Rede, dass die „westdeutschen Revanchisten und Militaristen“ die europäischen Gemeinschaften beherrschen und auf dieser Basis den Frieden und die Sicherheit der Völker tödlich bedrohen würden. Außerdem hieß es, EWG und EURATOM seien eine Gefahr für die gesamteuropäische Zusammenarbeit. Wie *Andreas Pudlat* ausführt, sekundierte die SED-Führung mit Kampagnen gegen die „Spaltungsverträge“, womit die westdeutsche Öffentlichkeit ein weiteres Mal – diesmal in wirtschaftlicher Hinsicht – davon überzeugt werden sollte, dass die Integration ihres Landes in den Westen die nationale Einheit verhindere (die andernfalls angeblich in Aussicht stand).

Eine Bilanz der von den Römischen Verträgen ausgehenden Wirkungen zieht *Hanns Jürgen Küsters*. Die Beiträge des Sammelbandes sind insgesamt von hoher wissenschaftlicher Qualität. Ein sorgfältig erstelltes Literaturverzeichnis, eine Liste der zahlreich verwendeten Abkürzungen und ein Personenregister sind beigefügt. Das Buch kann jedem Leser, der an den Fragen der europäischen Integration interessiert ist, wärmstens empfohlen werden.

*Michael Gehlers* Monografie behandelt den ebenso interessanten wie wichtigen Teilaspekt der Beziehung Österreichs zum europäischen Integrationsverbund. Anders als die Bundesrepublik Deutschland konnte sich Österreich als einheitlicher Staat konstituieren, musste sich dafür aber zu dauernder Neutralität verpflichten. Die UdSSR, die diese Regelung im Staatsvertrag vom Mai 1955 akzeptiert hatte, bestand darauf, dass diese Bestimmung sehr eng auszulegen und auch das Feld der Ökonomie mit einzubeziehen sei. Obwohl Österreich insbesondere mit Westdeutschland wirtschaftlich eng verbunden war, sah es sich daher daran gehindert, sich der EWG

anzuschließen, und baute auf unbefriedigende Ersatzregelungen – zuerst auf die Mitgliedschaft in der Freihandelszone EFTA und dann, als sich diese als nicht tragfähig erwies, auf eine EWG-Assoziierung. Aber auch der letztgenannte Versuch scheiterte. Die Wiener Regierung reagierte mit einer ausdrücklich unter Neutralitätsvorbehalt gestellten Politik der Annäherung an die Europäische Gemeinschaft (EG), die inzwischen aus EWG, EURATOM und der schon seit 1951 bestehenden Montanunion (EGKS) entstanden war. Erst nach dem Ende der UdSSR konnte sie sich um die Mitgliedschaft in der mittlerweile zur Europäischen Union mutierten EG bemühen. 1993 kamen darüber Verhandlungen in Gang, die 1994 mit dem Beitritt Österreichs abgeschlossen wurden. Gehlers Monografie, der eine Dokumentenauswahl, ein Quellen- und Literaturverzeichnis, eine Chronologie und ein Glossar beigefügt sind, kann jedem, der sich über die – in vielerlei Hinsicht ungewöhnliche – Rolle Österreichs in Europa informieren will, nachdrücklich zur Lektüre empfohlen werden.

Gerhard Wettig

MATTHIAS UHL: *Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962* (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 73). R. Oldenbourg Verlag, München 2008, 295 S.

Wenn es um die Ursachen und Wirkungen der zweiten Berlin-Krise geht, ist die sowjetische Militär- und Rüstungspolitik bisher eher vernachlässigt worden. *Matthias Uhl* will hier Abhilfe verschaffen und hat dafür die relevanten Bestände des Russischen Staatsarchivs für Zeitgeschichte (RGANI) und des Russischen Staatsarchivs für Wirtschaft (RGAE) durchgesehen. Im Zuge der systematischen Durchsicht der Bestände der Allgemeinen